

Meinungen
und Informationen
aus dem
Evangelischen
Arbeitskreis
der CDU/CSU

Januar 1980

Evangelische Verantwortung

Heft 1/1980

Was können Jugendliche für die Zukunft erhoffen?

Lieber Leser!

Die Eingebundenheit der jungen Generation in die Welt der Erwachsenen, in die Arbeitswelt und in die Verantwortung für das staatliche Leben wird mit immer mehr Problemen belastet. Familie, Schule und gesellschaftliche Umwelt sind als „Sozialisationsinstanzen“ nur teilweise und ungenügend in der Lage, ihre Aufgaben zu erfüllen. Steigende Jugendkriminalität, Alkoholismus, Drogenkonsum, Flucht vor der Wirklichkeit in alternative Lebensformen, Jugendsekten und Subkulturen, die steigende Zahl jugendlicher Selbstmörder und die vielfältigen Formen einer Verweigerung gegenüber der Gesellschaft bis hin zum Terrorismus sind krisenhafte Anzeichen für gesamtgesellschaftliche Fehlentwicklungen, denen wir uns stellen müssen. Ich will nicht einer „Krise der jungen Generation“ das Wort reden. Krisen können auch dadurch verstärkt werden, daß man sie herbeiredet. Auf der anderen Seite gibt es nicht wegzuleugnende Krisenmomente, die wir ernstnehmen müssen. Hinzu kommt, daß einer der Hauptmotoren für jugendliche Unzufriedenheit nach wie vor die Zukunftsangst, aber auch Mangel an in der Gesellschaft gebotener Wertorientierung darstellt. In wichtigen Bereichen ist es notwendig, Neuorientierungen vorzunehmen:

1. Stärkung der Familie

Was viele „Modernisten“ nicht wahrhaben wollen: Die Familie hat sich als die beste und bedeutendste Sozialisationsinstanz erwiesen. Die Entwicklung personaler Eigenständigkeit und Gemeinschaftsfähigkeit, von Wert- und Verantwortungsbewußtsein hängt wesentlich von der Erziehung in der Familie ab. Deswegen ist es notwendig, daß durch die Politik Rahmenbedingungen herbeigeführt werden, die ein sinnvolles Familienleben fördern, wozu unter anderem gehört: Familiengeld, rentensteigernde Berücksichtigung von Erziehungsjahren, verbessertes Wohnraumangebot, konkrete Hilfen für junge und kinderreiche Familien u. a. Die Abwertung der Rolle der Frau als Ehefrau, Mutter und Hausfrau muß beendet werden.

Mehr Angebote zur Teilzeitarbeit und bessere Chancen, in der zweiten Lebenshälfte in den Beruf zurückzukehren, sollen dem Elternteil, der sich der Kindererziehung widmet, eine stärkere Verlagerung seiner Aktivität in die Familie ermöglichen.

2. Wertorientierung

Junge Menschen sind auf der Suche nach Werten und auf der Suche nach Vorbildern. Wenn ihnen beides nicht geboten wird, suchen sie sich ihre eigenen Werte und eigenen Vorbilder. Bei der Suche nach Werten muß die Erwachsenenwelt zur offenen Diskussion ihrer Angebote bereit sein. Eltern, Lehrer und die Erwachsenenwelt insgesamt müssen darauf vorbereitet sein, eine Wertediskussion mit jungen Menschen zu führen. Über die Sinnfrage des Lebens wird heute sehr häufig in den Familien überhaupt nicht mehr gesprochen. Religiosität wird heute vielfach verdrängt. Um so mehr sind „Jugendsekten“ in der Lage, in ein Vakuum zu stoßen. In den Bildungseinrichtungen müssen die anthropologischen Grundfragen der Unterrichtsfächer und der Einzelwissenschaften sowie die ethischen Nöte der jungen Menschen zur Sprache gebracht werden. Und auch davon muß wieder gesprochen werden: Die Orientierungsfunktion des Gewissens ist wichtig, um Menschen zu befähigen, ihre persönliche Verantwortung für ihr Leben und für das der Gemeinschaft wahrzunehmen.

Für die Politik der CDU/CSU muß dies unter anderem heißen, die geistigen Grundlagen unserer freiheitlichen Demokratie noch deutlicher herauszuarbeiten, die Grundwerte Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität immer wieder zur Basis der politischen Entscheidungen zu erklären. Dies bedeutet auch ein klares Bekenntnis zum „C“ im Namen der CDU.

3. Aufwertung der historischen und politischen Bildung

Zur richtigen Einordnung unserer Zeit, zur Wahrnehmung der Eigenverantwortung und zum Auffinden eines eigenen Standortes im gesellschaftlichen und politischen Leben gehört die Fähigkeit, Bezüge zur

Geschichte herzustellen. Historische Bildung muß zur gedanklichen Erfassung und Durchdringung der geschichtlichen Prozesse führen, deren Lebensbedeutung für die Gegenwart und die Zukunft auch der eigenen Nation verdeutlichen und zur kritischen Prüfung der Traditionen anleiten. Historische und politische Bildung soll Toleranz- und Dialogfähigkeit fördern. Doch leider leben wir in einer Zeit, die sich vielfach als „geschichtslos“ darstellt.

4. Einige politische Konsequenzen

a) Eine der wichtigsten politischen Konsequenzen muß sein, daß bei allen Maßnahmen der Politik vorab bedacht werden muß, welche Auswirkungen auf das Familienleben und das Miteinander-Kommunizieren zu erwarten sind. Beispielsweise muß dem Trend zu immer größeren Einheiten widersprochen werden. In der Wohnungspolitik heißt dies, daß nicht immer riesigere Wohnkomplexe zu mehr Geborgenheit, sondern zu mehr Anonymität führen. Größere Krankenhäuser sind nicht zwangsläufig „humaner“, auch wenn sie vielleicht vielfach moderner sein mögen. „Mammutschulen“ führen in der Regel zu mehr Anonymität des Schülers und nicht zu mehr Eingebundensein in Schule und Gesellschaft.

b) Wir brauchen eine Politik, die geleitet sein muß von realistischen Annahmen und Erwartungen, von einem vernünftigen Menschenbild. Diese Politik muß den Menschen wieder mit seinen Alltagserfahrungen anerkennen.

c) Wir brauchen – wie bereits zum Ausdruck gebracht – eine Erneuerung der geistigen Grundlagen unserer freiheitlichen, unserer streitbaren Demokratie. Das in Ludwigshafen verabschiedete Grundsatzzprogramm der CDU darf nicht weiter in den Schubladen verbleiben.

d) Vor allem brauchen wir eine Politik, die der Privatinitiative wieder mehr Raum läßt und dem

Dr. Gerd Langguth, MdB ist Mitglied des Bundesvorstandes des EAK der CDU/CSU und Landesvorsitzender der Jungen Union in Baden-Württemberg.

Staat lediglich die Aufgaben zuweist, die von dem einzelnen Bürger selber nicht wahrgenommen werden können. Dieses ist meines Erachtens eine besonders wichtige Forderung, weil junge Menschen – die heute in der Bundesrepublik Deutschland in der Regel nicht in materieller Armut leben – häufig nur den Staat als eine Instanz erleben, die die Daseinsvorsorge zu regeln hat, ohne daß umgekehrt der einzelne Bürger gegenüber Staat und Demokratie eine Verpflichtung sieht. Jeder einzelne Bürger muß vor allem an seiner Stelle, wo er jeweils Aufgaben übernommen hat, darüber nachdenken, was durch persönliches Engagement getan werden kann, bedrängten Menschen aus der eigenen Schulklasse, in der Nachbarschaft, im Freundeskreis etc. zu helfen.

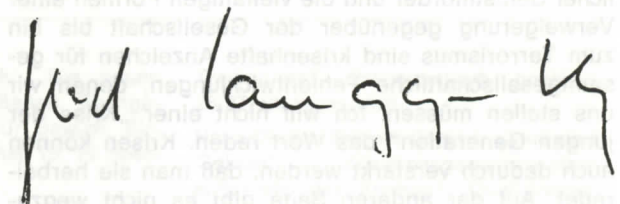
e) Wichtig ist es auch, daß eine Politik formuliert wird, die dem jungen Menschen Antworten auf seine Probleme und Fragen gibt und auch Aufgaben stellt. Der junge Mensch will nicht nur gefördert, er will auch gefordert werden.

f) Wir brauchen auch eine Politik, die einen Dialog zwischen den Generationen fördert.

g) Junge Menschen sind für unsere Politik nicht dadurch zu gewinnen, wenn wir in Griesgrämigkeit mit pessimistischen Zukunftserwartungen kommen. Junge Menschen wollen sich für positiv formulierte Zielsetzungen einsetzen können, sie benötigen eine „reale Utopie“. Was sie heute dringender denn je benötigen, sind Vorbilder.

Mit freundlichen Grüßen

Ihr



Kurz notiert

Studie der EKD zum gemeinsamen Leben von Mann und Frau

„Die Frau in Familie, Kirche und Gesellschaft“

(Gütersloher Verlagshaus Gerd Mohn)

Hierzu erklärt Dr. Helga Wex, MdB, Mitglied des Bundesvorstandes EAK: Die evangelische Kirche in Deutschland hat mit Ihrer Studie zur Situation der Frau einen wesentlichen Diskussionsbeitrag in

dem Bemühen zur Durchsetzung der vollen Gleichberechtigung der Frau geliefert. Es ist zu begrüßen, daß auch die Evangelische Kirche es als wesentliche Aufgabe des Staates ansieht, den Weg von der patriarchalischen zur partnerschaftlichen Familie zu sichern und auszubauen. Die Frauenvereinigung der CDU fühlt sich damit in ihrem Bemühen bestätigt, daß ihre freiheitliche Alternative der Partnerschaft zwischen Mann und Frau als Aufgabe des sozialen Rechtsstaates auch zu einer breiten Zustimmung

innerhalb der Evangelischen Kirche Deutschlands geführt hat. Auch die Auffassung, daß die „Frauenfrage“ nicht isoliert gesehen werden darf, sondern ein breites gesellschaftliches Problem einer „Männer- und Frauenfrage“ darstellt, ist zu unterstreichen. Es geht gesellschaftspolitisch darum, für mehr soziale Gerechtigkeit zu sorgen. In diesem Zusammenhang ist das Bemühen um die vollständige Gleichberechtigung der Frau nur ein – wenn auch vordringlich zu behandelndes – gesellschaftspolitisches Problem.

Junge Menschen auf der Suche nach religiöser Erfahrung

– Die Herausforderung der neuen Jugendreligionen für Kirche, Staat und Gesellschaft –

Renate Hellwig

Immer noch sind wir ratlos, wie den sogenannten neuen Jugendreligionen zu begegnen ist. Auf der Basis einer neuen Untersuchung der Landesregierung Rheinland-Pfalz nimmt Frau Staatssekretärin Dr. Renate Hellwig nachfolgend Stellung zu diesem Problem.

Seit Anfang dieses Jahrzehnts machen eine Reihe bisher unbekannter religiöser Gemeinschaften von sich reden, weil sie eine große Anziehungskraft auf junge Menschen haben. Die Werbung dieser Gruppen unterscheidet sich grundlegend von der Verkündigung der Kirchen. Nicht ein verkündigter Glaube steht im Mittelpunkt, der der Existenz des Menschen in seinen gesellschaftlich-sozialen Bezügen neuen Sinn gibt, indem er sie von Gott her versteht, sondern das Herausreißen der jungen Menschen aus diesen Bezügen in eine neue, sich absolut verstehende Lebens- und Kampfgemeinschaft.

Die Bundesrepublik Deutschland ist ein weltanschaulich und religiös neutraler Staat, in dem jeder die Freiheit hat, sich einer weltanschaulichen oder religiösen Gruppe entsprechend seiner Überzeugung anzuschließen und auch solche Gemeinschaften neu zu begründen. Im Rahmen der für alle geltenden Gesetze ist hier auch Platz für Gruppierungen, die nicht in der Tradition unserer Kultur verwurzelt sind und durch ihre Andersartigkeit gegenüber dem christlichen Glauben, der Europa entscheidend geprägt hat, auffallen. Dabei spielt es keine Rolle, ob solche Religionsgemeinschaften sich christlich nennen oder buddhistische, hinduistische oder andere religiöse Überlieferungen weiterführen. Junge Menschen haben das Recht, sich neuen Religionsgemeinschaften zuzuwenden, auch wenn diese sektiererische Züge tragen.

Trotz der grundsätzlichen Neutralität des Staates in Sachen der Religion kann der Staat aber nicht unbeteiligt bleiben, wenn sich herausstellt, daß neue religiöse Gruppierungen sich gezielt an junge Menschen wenden, um unter Ausnutzung von deren idealistischer Einsatz- und Opferbereitschaft totale Abhängigkeitsverhältnisse zu begründen, die zu grundlegenden Werten unserer Gesellschaft in Widerspruch stehen. Genau dies haben aber die betroffenen Eltern für eine Vielzahl von Einzelfällen nachgewiesen. Die Aktion für geistige und psychische Freiheit, eine Arbeitsgemeinschaft der Elterninitiativen, hat 1978 eine Dokumentation vorgelegt, die die verhängnisvollen Praktiken und deren Auswirkungen in drei neuen religiösen Gruppierungen schildert, nämlich in der „Vereinigungskirche“, bei den „Kindern Gottes“ und in der „Transzendentalen Meditation“. Solche Berichte liegen nicht nur für die drei in der Dokumentation erwähnten religiösen Gemeinschaften vor, sondern auch für eine ganze Reihe weiterer neuer religiöser Gruppen, wie zum Beispiel die „Scientology-Kirche“ und die indischer Tradition verhafteten religiösen Gemeinschaften „Hare Krishna“ und „Ananda Marga“, aber auch für viele kleine Gruppierungen von oft nur lokaler Bedeutung.

Die Struktur dieser Gruppierungen ist totalitär, das heißt es wird unbedingte Unterwerfung unter den Willen des religiösen Führers oder Gründers gefordert und die absolute Anerkennung seiner Lehre als unbedingter Wahrheit, die auch in Einzelheiten keinen Widerspruch erlaubt. In gewissem Sinne bieten alle diese religiösen Gruppen in Praxis und Lehre ihrer Gemeinschaft einen totalen Gegenentwurf zu der bestehenden Welt und ihren sozialen Bezügen. Gerade in dem Angebot der extremen Alternative

liegt die Anziehungskraft auf junge Menschen.

Junge Menschen werden in diesen Gruppen einer Beeinflussung ausgesetzt, die zu einem stufenweisen Abbau ihres kritischen Denkvermögens führen, nachdem sie zuvor in einen Zustand physischer Schwäche und psychischer Euphorie gebracht werden, der sie für Indoktrination äußerst empfänglich macht. Die Folge ist ein Realitätsverlust bis hin zur Realitätsblindheit. Erfolgreich begonnene Bildungswege und berufliche Tätigkeiten wurden abgebrochen. Am Ende dieses schwer umkehrbaren Prozesses geht die Fähigkeit zur Kommunikation mit Andersdenkenden verloren. Wenn ein junger Mensch trotz der starken psychischen Abhängigkeit von der neuen Gemeinschaft die Kraft aufbringt, eine solche religiöse Gruppe zu verlassen oder wenn er von ihr als für ihre Zwecke nicht mehr brauchbar ausgestoßen wird, findet er sich

Aus dem Inhalt

Was können Jugendliche für die Zukunft erhoffen?	1
Kurz notiert	2, 8, 9
Junge Menschen auf der Suche nach religiöser Erfahrung Renate Hellwig	3
Aus unserer Arbeit	5
Bauen mit Geschichte 17. Evangelischer Kirchbautag in Lübeck Eberhard Zell	6
Die Stadt als Ort der Bewährung Wilhelm Dantine	7
Eine „Ur-Kunde“ der Sozialen Marktwirtschaft gefunden! Philipp von Bismarck	11
Dramatischer Geburtenrückgang in der Bundesrepublik	11

zunächst im Leben nicht mehr zu recht und bleibt oft auf längere Zeit hilfebedürftig. Er leidet oft noch unverhältnismäßig lange unter Selbstvorwürfen, psychischer Labilität und Schwierigkeiten bei der Wiedereingliederung in die Gesellschaft, in machen Fällen auch unter jahrelang fortwirkenden psychischen Schädigungen.

Die Landesregierung Rheinland-Pfalz hat in ihrem Bericht über die sogenannten neuen Jugendreligionen unter dem Titel „Jugendliche in destruktiven religiösen Gruppen“ darauf hingewiesen, daß der Zulauf, den diese Gruppierungen unter jungen Menschen finden, als Teil eines größeren Phänomens zu sehen ist. Er erscheint als Teilaspekt einer Fluchtbewegung aus der Wirklichkeit, die für einen nicht ganz kleinen Teil der Jugend typisch geworden ist. In diesem Zusammenhang ist auch die Gefährdung Jugendlicher durch Drogen und Alkohol zu sehen, aber auch die Tendenz Einzelner, bei stärkeren Anforderungen in Bildung oder Beruf „auszusteigen“ und ein Leben abseits der unsere Gesellschaft prägenden sozialen Verhältnisse zu suchen. Bisher ist die Zahl der Jugendlichen, die hierbei zu den sogenannten neuen Jugendreligionen gestoßen sind, verhältnismäßig klein. Die in der Öffentlichkeit genannten Zahlen von weit über Hunderttausend gehen von einer Addition aller Mitglieder der genannten Gruppierungen aus; es geht jedoch nicht an, jeden Anhänger der Transzendentalen Meditation oder jeden, der einen Kurs der Scientology-Kirche besucht hat, hier hinzuzurechnen. Es geht nur um den viel kleineren Kreis junger Menschen, der zum Kern dieser Gruppen gehört, darin seinen Lebensinhalt gefunden hat und häufig auch in eine entsprechende Wohn- und Lebensgemeinschaft aufgenommen wurde.

Deren Zahl könnte jedoch in kurzer Zeit viel größer werden. Eine im Auftrage der Landesregierung Rheinland-Pfalz unter jungen Menschen durchgeführte Befragung hat ergeben, daß jeder Fünfte sich vorstellen könnte, unter bestimmten

Umständen in „einer Jugendsekte“ Hilfe und Gemeinschaft zu finden. 13 Prozent fanden diese religiösen Gruppen interessant, weil sie nach ihrer Meinung in der geistigen Richtungslosigkeit einen Weg weisen, und 11 Prozent, weil in ihnen eine verbindliche Gemeinschaft gelebt werde mit Aufgaben, in denen man aufgehen könnte. Unter jungen Menschen ist die Ansicht verbreitet (59 Prozent der Befragten), daß der Erfolg von „Jugendsekten“ mit dem heutigen komplizierten Leben zusammenhänge, mit dem man nicht fertig werde, aber auch (51 Prozent) mit der Perspektivlosigkeit für Beruf und Leben. Religiöse Gemeinschaften, die den ganzen Einsatz der Person für ihre Zwecke fordern, dafür aber auch innerhalb der Gruppe dem Einzelnen emotionale Zuwendung, Bestätigung und Vergewisserung geben, gewinnen von daher ihre Anziehungskraft.

Rechtliche Maßnahmen gegen die neuen Jugendreligionen werden wenig Erfolg haben. Zwar sind diese ebenso wie die Kirchen und alle Religionsgemeinschaften verpflichtet, die für alle geltenden Gesetze zu beachten. Sie kommen dieser Verpflichtung oft nicht nach. Verstöße gegen das Sammlungsgesetz und gegen das Gesetz gegen unlauteren Wettbewerb, unbefugte Benutzung öffentlicher Straßen für den Verkauf von Büchern und Schallplatten konnten in vielen Fällen beobachtet werden. Aber eine lückenlose Verfolgung solcher Verstöße wird die Aktivitäten dieser Gruppen zwar behindern, jedoch nicht entscheidend treffen. Soweit Verstöße gegen das Strafgesetz nachgewiesen werden können, wie zum Beispiel Nötigung, Freiheitsberaubung und Körperverletzung, wird selbstverständlich bei Vorliegen der verfahrensmäßigen Voraussetzungen Anklage erhoben. Staatsanwaltschaften und Polizeidienststellen erfahren aber häufig nichts davon. Allgemeine gesetzliche Maßnahmen gegen die Tätigkeit dieser religiösen Gruppen können ohnehin nicht erwogen werden, da das Grundrecht der Religionsfreiheit und der Schutz der Autonomie von Religionsgemeinschaften in unserem Staat unangetastet bleiben muß.

Selbstverständlich ist, daß die Lehrer im Rahmen ihrer Fortbildung über die verschiedenen neuen religiösen Gruppierungen

und über die Gefahren, die für junge Menschen davon ausgehen, informiert werden müssen, damit die Schüler ihrerseits bereits im Schulunterricht, insbesondere im Fach Religion, darüber erfahren. Doch vor einem allgemeinen „publizistischen Kreuzzug“ ist zu warnen. Zu den Ergebnissen der in Rheinland-Pfalz durchgeführten Befragung gehört auch, daß die meisten der Jugendlichen, die sich vorstellen können, in diesen Jugendreligionen Hilfe und Gemeinschaft zu finden, ihre Informationen fast nur aus der sehr kritischen Berichterstattung in Presse und Rundfunk haben. Viel wichtiger als die Vermittlung von Wissen ist es, daß jungen Menschen während der Schulzeit und der Berufsausbildung Erlebnisse der Gemeinschaft möglich bleiben. Immer größere und anonymere Schulen und Ausbildungsstätten machen dies heute schwer. Die Erfahrung von Gemeinschaft in der eigenen Familie kann nicht ausreichen. Die von der Aktion für geistige und psychische Freiheit vorgelegte Dokumentation macht deutlich, daß in den meisten Fällen die jungen Menschen, die den Versprechungen der neuen Jugendreligionen folgten, aus intakten Familien kamen und ein durchaus herzliches Verhältnis zu ihren Eltern hatten. In der Jugendarbeit sollte überdacht werden, ob der Akzent nicht zu sehr auf die sogenannte „Offene Arbeit“ gelegt worden war. Die „Offene Tür“ ist nicht nur ein positives Symbol. Sie bedeutet auch Verlust an zwischenmenschlicher Wärme, an Verbindlichkeit und emotionaler Zuwendung.

Viele junge Menschen haben eine Sehnsucht nach religiöser Erfahrung, die durch die Vermittlung von Wissen über die Religion nicht befriedigt werden kann. Das alte Wissen der Kirche, daß Glaubenserfahrung und Gemeinschaftserfahrung zusammengehören, ist in der kirchlichen Jugendarbeit und Studentenarbeit in der jüngsten Vergangenheit vielleicht zu wenig beachtet worden. Wenn junge Menschen gelebte religiöse Gemeinschaft in den sogenannten neuen Jugendreligionen suchen müssen, mag dies auch an einem Versäumnis der Kirchen liegen. Die große und schwierige Aufgabe, jungen Menschen zu eigener religiöser Erfahrung zu helfen, bleibt die ureigene Sache der Kirche.

Aus unserer Arbeit

„Herausforderung der Zeit – die Dritte Welt“

Schwarzenbruck/Rummelsberg:

Mit diesem wichtigen Thema beschäftigte sich der EAK der CSU bei seiner jüngsten Veranstaltung. Hierbei konnten Arbeitskreisleiter Thomas Schmitt und Hans-Jürgen Hopf, beide zwischenzeitlich in den EAK-Bezirksverband Mittelfrankens gewählt – neben dem CSU-Ortsvorsitzenden Herbert Schmid auch den Referenten des Abends, den Bundestagsabgeordneten Peter W. Höffkes begrüßen.

Zu Beginn der Veranstaltung leitete der Hausvater des Rummelsberger Brüderhauses, Diakon Günter Feitl, als unparteiischer Gast mit einem „geistlichen Wort“ zum Thema hin. „Was ihr getan habt einem unter diesen meinen geringsten Brüdern, das habt ihr mir getan“, zitierte er aus Matthäus 25.

Peter W. Höffkes, entwicklungs-politischer Sprecher seiner Partei und stellvertretender Landesvorsitzender des EAK Bayern, begann sein Referat mit der düsteren Prognose: „1979, von der UNO zum Jahr des Kindes proklamiert, werden fast 17 Millionen Kinder unter fünf Jahren an Hunger sterben.“ Die weiße und zivilisierte Menschheit der Industrieländer müsse sich klar machen, daß dieser „holocaust“ nicht die Frucht eines unabwendbaren biblischen Fluchs sei, sondern das Ergebnis einer ungleichen Verteilung von Reichtum und damit in Zusammenhang stehender Entwicklung. So nähere sich die Verschuldung der Entwicklungsländer der Rekordsumme von 200 Milliarden Dollar und mache fast jede Aussicht auf eine Produktionssteigerung zunichte.

Die Industrieländer müßten ihren Teil dazu beitragen, daß Hunger, Krankheit und Seuchen, Analphabetentum und Bevölkerungsexplosion abgebaut werden.

Bei aller Hilfe, die man der Dritten Welt gewähre, müsse man aber auch daran denken, „daß wir nur dann Hilfe leisten können, wenn es uns gelingt, die Bundesrepublik als

einen hochentwickelten Industriestaat mit großen Handelsüberschüssen zu erhalten“, und seine These gipfelte: „Nur Reiche sind in der Lage, Armen beizustehen“.

Es zeige sich eindeutig, daß eine größere Solidarität, mehr Verständnis füreinander, mehr Rücksichtnahme aufeinander, zwischen den westlichen Industrieländern und der Dritten Welt unabdingbar notwendig sei.

Altbischof Kunst: Friede eins der wichtigsten Themen der Kirche

Zu den wichtigsten Themen der Kirche gehört der Friede, erklärte der frühere Bevollmächtigte der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) am Sitz der Bundesrepublik Deutschland, Altbischof D. Dr. Hermann Kunst DD, auf dem vierten Schloß Burger Gespräch des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU (EAK) am 30. November auf Schloß Burg in Solingen. Kunst forderte, daß auch Theologen bis zur Ordination zum Wehr- und Ersatzdienst verpflichtet werden müßten. Der frühere Generalinspekteur der Bundeswehr, General a. D. Ulrich de Maizière, sprach sich für eine Verteidigung mit der Waffe aus, falls der Friede von außen gestört werde. Die Bundeswehr bezeichnete de Maizière vor den über 250 Teilnehmern als „Armee zur Erhaltung und gegebenenfalls zur Wiederherstellung des Friedens“.

Evangelischer Arbeitskreis der CSU für Kernenergie

Dr. Werner Dollinger: Einsparungstheorie „gefährliche Illusion“.

Erlangen: Der Evangelische Arbeitskreis der CSU in Bayern sieht keine Alternative zum Ausbau der Kernenergie. Bei der Landesversammlung des Arbeitskreises in Erlangen warnte der wiedergewählte Landesvorsitzende Bundesminister a. D. Dr. Werner Dollinger (Neustadt/Aisch) vor der „gefährlichen

Illusion“, daß die Probleme der Energieversorgung durch Einsparungen gelöst werden könnten. Christen sollten Vertrauen in die göttliche Schöpfung setzen und „mit Mut und Verantwortungsbeußtsein“ die Technik nutzen, erklärte der stellvertretende CSU-Vorsitzende.

Bei einer Podiumsdiskussion vertrat der Bayreuther Theologieprofessor Wilhelm Kasch die Meinung, aus theologischer Sicht sei eine Verteufelung der Kernenergie „nicht statthaft“. Aufgeklärte Mitteleuropäer des 20. Jahrhunderts dürften nicht „wie Buschmänner primitiver Gesellschaften“ ihr Verhalten von Tabus statt von Rationalität bestimmen lassen. – Bei der Neuwahl des Landesvorstandes wurden als Stellvertreter Dollingers der Nürnberger Bundestagsabgeordnete Peter Höffges und CSU-Landesschatzmeister Werner Müller (München) in ihren Ämtern bestätigt.

Gespräch zwischen dem Rat der EKD und dem Präsidium der CDU

Unter der Leitung des Vorsitzenden der Christlich Demokratischen Union Deutschlands, Dr. Helmut Kohl, des Vorsitzenden des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland, Landesbischof Professor D. Eduard Lohse und des Vorsitzenden des Evangelischen Arbeitskreises, Kultusminister Prof. Dr. Roman Herzog, trafen am Montagabend, 10. Dezember, im Konrad-Adenauer-Haus in Bonn Mitglieder des Rates der EKD, des Präsidiums der CDU und des Vorstandes des EAK zu ihrem regelmäßig stattfindenden Gespräch zusammen.

Im Mittelpunkt des Gedankenaustausches standen Probleme der Medienpolitik. Dabei wurde von CDU-Seite auf die Erklärung des CDU-Präsidiums zur medienpolitischen Situation vom 26. November verwiesen. Die Vertreter der CDU brachten ihr klares und uneingeschränktes Ja zum öffentlich-rechtlichen Rundfunk und Fernsehen zum Ausdruck, betonten aber die Notwendigkeit einer privatrechtlichen Ergänzung des bestehenden Rundfunksystems. Von seiten der EKD wurde betont, daß das öffentlich-rechtliche Rundfunksystem ohne Zweifel verbesserungsbedürftig

tig, aber auch reformfähig sei. Der Prozeß des Nachdenkens über Reformen oder Neuordnungen in diesem Bereich sei jedoch auch innerhalb der EKD nicht abgeschlossen.

Weitere Gesprächsthemen waren die Deutschland- und Familienpolitik. Die Vertreter der CDU wiesen darauf hin, daß die Familienpolitik

im bevorstehenden Wahlkampf einen besonderen Schwerpunkt darstellen wird. In diesem Zusammenhang kündigten sie die bevorstehende Veröffentlichung eines familienpolitischen Programms und eines Programms zum Schutz des ungeborenen Lebens seitens der Unionsparteien an.

Die Vertreter der EKD baten zum Abschluß darum, bei allen Überlegungen im Zusammenhang mit der zukünftigen Steuerpolitik auch die Folgen für die sozialen Aktivitäten und den seelsorgerlichen Dienst der Kirchen in der Gesellschaft zu bedenken.

Bauen mit Geschichte

17. Evangelischer Kirchbautag in Lübeck

Über diesen wichtigen Kongreß berichtet der Vorsitzende des EAK Lübeck, Architekt Eberhard Zell

Zu seiner 17. Versammlung traf sich der Evangelische Kirchbautag vom 4. bis 7. Oktober 1979 in der Hansestadt Lübeck. 30 Jahre nach der „vierten Tagung für evangelischen Kirchenbau“ im August 1949 war zum zweiten Male die alte Hansestadt die Gastgeberin. Stadt und Kirchenkreis, die Nordelbische Kirche und die Landesregierung Schleswig-Holstein begrüßten die 300 Teilnehmer aus allen deutschen Ländern. Bundesbauminister Dr. Dieter Haack hielt am Eröffnungstage den Festvortrag.

Von hervorragendem musikalischem Programm umgeben wurde an vier Tagen eine umfangreiche Tagesordnung durchgearbeitet. Neben dem einem Rückblick „30 Jahre Evangelischer Kirchbautag“ von Prof. Volp, Berlin und dem weiteren „Kirchenbaugeschichte nach 1945“ von Prof. Gieselmann, Wien, gab es Diskussionen in Gruppen und im Plenum. „Vom Umgang mit Mythen“ sprach Prof. Hollenweger aus Birmingham.

Dem Berichterstatter waren die Vorträge „Das Unbehagen am modernen Bauen“ von Dr. Conrads, Berlin und Prof. von Busses (München) „Wie soll es mit dem Bauen weitergehen“ besonders wichtige Beiträge. Damit wurde das Thema aus der Vergangenheit über die Gegenwart in die Zukunft deutlich und umfassend dargestellt.

Interessanterweise klagte Conrads die Oberflächlichkeit an. Mit dem Alibi Technik entsteht nach seiner Meinung komfortabler Nonsens statt Architektur in der Masse des heutigen Bauens. Er stellte „die

Vernichtung des Hauses durch die Produktion bloßen Komforts — als die Maßeinheit für Lebensstandard“ bloß und nannte die heute getragene Nostalgie „ein ganz kleines bißchen Heimweh nach Biographie und Geschichte“. Weshalb dann eben Attribute der Geschichte mehr oder minder wahllos zur eigenen Umrahmung oder Behausung erhalten müssen.

Die Hausse der Denkmalschutzbewertung unter Aspekten Conrad'scher Gedanken zu betrachten, sollte man angeregt sein. Auch in dem Sinne, ob hier nicht ebenfalls Alibis gesammelt werden, um von der Oberflächlichkeit so manchen neuen Hausentwurfes abzulenken.

Conrads nannte Leitsätze für neue Architektur, so Morris: „Habt Achtung vor den Arbeits-Stoffen und Arbeits-Verfahren“, van der Velde: „Eine Form, die vollkommen einem Zwecke entspricht, ist schön“ und noch Sullivan: „Die Form folgt der Funktion“. Er zeigte aber auch auf, wo Mißverständnisse und Fehlinterpretationen den Umgang mit solchen Leitsätzen nutzlos werden lassen oder gar die Umkehrung des Ergebniswertes bewirken. Er rief nach der ganz konkreten Utopie, weil er nur im Vorsprung des architektonischen Entwurfes vor dem Nicht-Planbaren den notwendigen Rahmen sieht, der mit anspruchsvollem Leben füllbar ist. Zum Schluß nannte Conrads es die „schamlose Nähe“ was der Komfort der totalen Zugriffsmöglichkeiten erzeugt, wodurch selbst die Sorge, die Seelsorge nicht ausge-

nommen, zum Problem des Angebotes wird.

Von Busse konnte natürlich keine Rezepte für das zukünftige Bauen anbieten. Aber sein Mahnen war konkret genug, außer den Problemen selbst, auch Wege darzustellen, sie zu meistern. Zu seiner Definition des Bauens: „Phantasie und Idee mit Vernunft und Wirklichkeit in Übereinstimmung zu bringen“, kam die Warnung, daß wir beim Entwerfen unserer Visionen auch an unseren Widernissen bauen. Sein Ruf nach der Übereinstimmung von wirtschaftlich Notwendigem und menschlich Richtigem kann aber sicher nur zu besserem Bau-Inhalt und Bau-Ausdruck führen, wenn man die Worte mit ihrem wahren Wert nimmt, so eben auch das „Notwendige“. Er forderte auch für das Bauen die Abkehr von den hemmungslosen Wünschen und kulturell und sozial begründete neue und bewußte Grenzen des Machbaren.

Mit dem Brecht-Zitat: „Es ist Kunst nötig, damit das politisch Richtige zum menschlich Exemplarischen werde“ verlangte von Busse unverzichtbar den kulturellen Anspruch als Voraussetzung gesellschaftlich wertvoller Baukunst.

Ausstellungen begleiteten den Kirchbautag, so unter anderem über „Kunst für die Kirche“, eine Plakat-schau und die Arbeiten der neun eingeladenen deutschen Architekten mit Nutzungsvorschlägen für die St. Petri-Kirche in Lübeck.

Es war eine inhaltlich gute Tagung, die zudem auch gut organisiert war.

Die Stadt als Ort der Bewährung

Dr. Wilhelm Dantine

Dr. Wilhelm Dantine, Professor für evangelische Theologie an der Universität Wien setzt sich nachfolgend kritisch mit der Funktion der Stadt in unserer heutigen Zeit auseinander. Dabei fordert er alle für die Stadt Verantwortlichen auf, durch Revitalisierung der Phantasie den Menschen neue Lebensmöglichkeiten in den Städten aufzuzeigen.

Am Anfang ist die grundsätzliche Frage zu stellen, ob und inwiefern es überhaupt in der Frage des Urbanen ein Mitspracherecht der Theologie geben kann. Nun versteht sich von vornherein, daß von einer unmittelbaren Fachkompetenz der Theologie für die Probleme des städtischen Lebens keine Rede sein kann. Es kann nicht Aufgabe der Theologie sein, konkrete Vorschläge zu machen, die in technische Einzelheiten der Fragen der städtischen Existenz eingreifen könnten. Wohl aber scheint es so zu sein, daß unter der Chiffre „Stadt“ heute Traum und Alptraum, Angst und Sorge, Hoffnung und Verzweiflung und nicht zuletzt und vor allem Resignation aufbrechen. Alle klaren und großartigen Sinngebungsansagen, wie etwa die des Philosophen Aristoteles, daß die Stadt dem Leben zu dienen hat, können nicht davor bewahren, daß die Stadt zu einem Traum, ja zu einem Trauma wird, und weitgehend sind die städtischen Menschen heute in dieser Situation.

Hier stellt sich die Frage nach dem Vorbild, dem zu Grunde liegenden Urbild für die Stadt: ist es Babel oder ist es das himmlische Jerusalem?

Protestantische Verantwortung

Nun beschäftigt uns seit Jahren in der Theologie und speziell in der Gesellschaftsethik die Frage – ich erinnere nur an das bedeutsame Werk des damals noch sehr jungen amerikanischen Theologen Harrey Cox „Stadt ohne Gott“ – daß wir in unserem Leben heute die Dinge des Städtischen nicht mehr bloß behandelt, bearbeitet und erlebt fin-

den, unter der Betreuung wohlwollender und sachkundiger Fachexperten. Das, was wir heute und seit langem erleben, ist Stadtfucht. Und es sind nicht die Schlechtesten, es sind die um ihr Innenleben Besorgten, es sind teilweise Dichter, Schauspieler, Künstler, Professoren, Politiker, die zumindest übers Wochenende oder auch einige Wochen und Monate hindurch irgendwo hinausflüchten, und meinen, in der Stadt könnten sie nicht mehr denken, nicht mehr fühlen, nicht mehr meditieren, in der Stadt ginge der Geist und nicht nur der Leib zu Bruche. Und immer dann, wenn die Dinge über das Mittelmaß hinausgehen, wenn eben Sorge, ja zwanghafte Angstvorstellungen den Menschen dramatisch besetzen, dann ist zweifellos die Theologie gefordert. Pastoraltheologie, die – im besten Sinne des Wortes – auch Seelsorge, Gesellschaftsseelsorge und nicht nur Einzelseelsorge sein will, ist gefordert zu fragen.

Und ich meine daß das gerade für den Evangelischen Arbeitskreis einer Partei eine ganz besondere Aufgabe darstellt, denn ich glaube, daß wir Protestanten aus vielerlei Gründen Anlaß haben, das städtische Problem zu bedenken. Der Protestantismus hat heute in der ganzen Welt, und nicht zuletzt auch im deutschsprachigen Raum, eine besondere Mitverantwortung zumindest für die Stadt in der modernen Zeit.

Wenn ich sage „Stadt in der modernen Zeit“, rufe ich für einen Augenblick die Erinnerung daran wach, daß Städte nicht nur vor der Neuzeit existiert haben, also längst ehe es ein protestantisches Christentum gegeben hat. Ich erinnere daran, daß alle die Schwierigkeiten und Probleme, auch die Schreckensvorstellungen, etwa die, daß man in der Stadt zum geistigen, seelischen Sterben verurteilt ist, auch in den Großstädten der Antike bereits bekannt waren.

Natürlich wäre es verwegen, sinnlos und anmaßend, wenn wir dem Protestantismus die gesamte Verantwortung für das Entstehen der Städte zubilligen wollten, denn zweifellos haben hier etwa die Re-

naissance, der Humanismus und dann die Aufklärung die ersten Weichen gestellt. Aber gerade mit diesen geistigen Bewegungen ist ja der Protestantismus mehr oder weniger auf eine sehr verschiedene Art und Weise verbunden und vermischt worden. Es geht also um eine schlichte, aber vorhandene Mitverantwortung.

Die positive Seite dieser Mitverantwortung soll nur kurz in Erinnerung gebracht werden, wobei ich mich mit historischen Problemen nicht aufhalten möchte.

Aber immerhin sei die Rolle der Reichsstadt in dem Geschehen der Reformation erwähnt und darauf verwiesen, daß bedeutsame Städte den werdenden Protestantismus mitgestaltet haben. So sind die großen, die damals wichtigen Städte im Deutschen Reich, fast alle als freie Reichsstädte protestantisch geworden. Auch die Anfänge einer bürgerlichen, städtischen Demokratie sind weitgehend mit protestantischem Selbstbewußtsein verbunden gewesen, ebenso die Freiheit der Wissenschaft, die Freiheit der Bildung und damit letzten Endes die Anfänge der modernen Technologie. Aber es ist auch das, was wir in überkommener Weise den Bürgersinn nennen, der das Gemeinwohl über das Einzelwohl stellte, Senate, Magistrate, in denen die einzelnen Bürger aufgrund ihrer Verantwortung vor Gott gemeint haben, die Verantwortung für dieses Gemeinwesen tragen und steuern zu sollen.

Auch das sind Errungenschaften, die damals in wesentlicher Gemeinschaft mit protestantischem Selbstverständnis und Entdeckung einer Eigenwelt des Bürgers Hand in Hand gegangen sind. Vielleicht könnten wir überhaupt sagen, daß das, was wir bürgerliches Selbstverständnis und Gesellschaftsverantwortlichkeit im Sinne der damaligen Zeit nennen könnten, wesentlich und entscheidend protestantischen Ursprungs ist.

Wir dürfen uns hier jedoch nicht mit einem positiven Rückblick zufriedengeben, es gibt auch negative Aspekte, die wir nicht unterdrücken

können. Wir denken daran, daß dieses Bürgertum nach seinem äußeren Sieg in der politischen Welt von Schrecken und Angst gepackt war über das, was in der Französischen Revolution auf die Welt zukam. Seit diesem sogenannten Sieg traten die Ängste vor den Folgen dieser und aller anderen Revolutionen in den Vordergrund. Für den Protestantismus des 19. Jahrhunderts ist es wohl das Charakteristische gewesen, daß er sich ganz generell gesprochen in eine Innerlichkeit der Frömmigkeit und des Glaubens zurückgezogen und angefangen hat – wenn überhaupt gesellschaftspolitisch wirksam zu werden und das mehr oder weniger unbewußt – den bisherigen bürgerlichen Besitz zu verteidigen. Dieses Denken in Eigentums-kategorien ist insbesondere im protestantischen Raum eine oft herrschende Stimmung gewesen. So ist es doch bezeichnend, daß ein so ausgekochter Nihilist wie Max Stirner mit seinem Buch „Der Eigene und sein Eigentum“ mit dem Motto am Anfang und am Ende, „Ich habe mein Sach' auf mich gestellt“, aus protestantischer Feder, aus protestantischer Grundüberzeugung keine Gegenantwort, keine Gegenposition bekommen hat.

Zur Dimension der Hoffnung

In unserer Zeit hat nun eine erneuerte und vertiefte technologische Besinnung Platz gegriffen und dies seit Jahrzehnten. Man könnte bis zu einem gewissen Grad sagen, diese Besinnung beruht auf einem vertieften und veränderten Verständnis der Heiligen Schrift, insbesondere des Alten Testaments. Unabhängig von den einzelnen theologischen Schulen oder kirchenpolitischen Strömungen ist diese Erkenntnis generell zu einem neuen Besitz des Protestantismus insbesondere deutscher Zunge, aber auch weit darüber hinaus geworden, nicht zuletzt durch die Erfahrungen im Kirchenkampf mit der deutschen christlichen häretischen Bewegung und seit dem großen Bekenntnis von Barmen im Jahre 1934.

Das Eigentliche und für uns Relevante an dieser Erneuerung betrifft wesentlich das Problem der Hoffnung. Es ist eine Vokabel, die man in früheren Jahrhunderten nur dann benutzte, wenn es zum Ster-

ben ging, oder wenn man ganz allgemein vom Weltende und vom ewigen Leben sprach. Doch hier hat sich eine ganz entscheidende Veränderung vollzogen, denn Hoffnung meint, daß im Hereinbrechen des Reiches Gottes sich die Welt vollenden wird. Die Gewißheit des ewigen Lebens für den Einzelnen ist ganz und gar verbunden und verkoppelt mit einer Bewährung dieser Hoffnung, auf die weltüberwindende Kraft des Glaubens. Sie wird so eine Hoffnung auch innerhalb der Schöpfung und für die Schöpfung. Schöpfung ist der Mensch, der als Geschöpf Gottes verantwortlich ist in der von ihm erlittenen und von ihm gestalteten Geschichte, Hoffnung haben muß, Hoffnung erzeugen muß, sogar innerhalb der Geschichte.

Wenn von Hoffnung die Rede ist, denkt Glaube von diesem erfüllten Ende her, von der Gewißheit des Sieges des Reiches Gottes her, in diese in unsere gebrechliche Welt hinein mit all ihren Schwierigkeiten und Zusammenbrüchen. Und damit wird die zukünftige Geschichte in die Dimension der Hoffnung gerückt. Die gegenwärtige und die zukünftige Geschichte wird so der Ort für die Bewährung unseres Handelns.

Ein Ort der Bewährung, weil hier die ewige Hoffnung motiviert, reale Modelle für die Lebenszukunft der nächsten Jahre zu erstellen und die Menschen dazu zu mobilisieren, solche Modelle zu verwirklichen. Im Rahmen dieser neu verstandenen Hoffnung bekommt die Frage der Lebensqualität von der Verantwortung für die nachfolgenden Generationen eine unerhörte Bedeutung. Man kann, so hoffend, nicht mehr sein Ziel darin finden, aus diesen und jenen Schwierigkeiten von heute und morgen sich durchlavierend herauszufinden, sondern man muß die Weichen dafür stellen, wie denn Kinder und Enkel lebensqualifiziert existieren.

Dann freilich – aufgeregt und angestachelt von dem über uns hereingebrochenen sogenannten ökologischen Schock, mit dem uns plötzlich Ressourcen für das Leben zu schwinden beginnen, würde das bedeuten, daß nicht mehr erlaubt ist, was in der Christenheit leider seit Jahrhunderten und insbesondere zum Teil jene protestantische Bürgerlichkeit so selbstverständlich vom römisch-rechtlichen Eigentumsbegriff her gemacht hat: näm-

lich vom dreifachen jus nocendi, utendi und ahutendi her – generell das Eigentum auszunützen, es zu gebrauchen, es aber auch zu vernichten, wenn es merkantil besser sein sollte. Es würde bedeuten, daß wir diese Weise der grundsätzlichen Ausbeutung der Schöpfung Gottes nicht mehr erlauben dürfen. Damit rückt die Erkenntnis heran, daß – wer Hoffnung sagt – gleichzeitig auch sagt, Dienst am Mitmenschen, auch Dienst an der Natur.

Für unser Verhältnis zur Stadt hat das natürlich ganz besondere und erhebliche Konsequenzen. Um es einmal absichtlich drastisch zu sagen – nicht etwa im Gegensatz zu der echten Aussage, einen Alptraum zu empfinden, wohl aber im Verhältnis zu Alpträumen überhaupt: Ich meine, daß im strengen Sinn des Wortes das Evangelium, sofern es Hoffnung gebietet, es uns Menschen untersagt, in irgendeiner Form Schöpfung zu verteufln und zu dämonisieren. Ich meine daher, daß evangelische Christen von ihrem Glauben her keine Möglichkeit haben – was leider vielfach geschieht – die Stadt als solche zu verteufln. Stadt wird Bewährung vor Ort.

Eine ganz kleine Analogie, die einem hier einfallen kann: es ist ähnlich wie in der ökumenischen Bewegung, wo man erkannt hat, daß es nicht genügt, die großen Dimensionen der Bruderschaft zu den anderen Kirchen oder gar zu den anderen Religionen auszuweiten, und zwar weltweit überall dort, wo Menschen und Christen wohnen, sondern daß die eigentliche Pointe ökumenischer Bewährung vor Ort oder Ökumene am Ort ist, das heißt da, wo wirklich konkret in einer Gemeinde evangelische und katholische Christen, evangelische und katholische Pfarrer miteinander versuchen, ein Stück christlichen Weges zum Wohle der Menschen und zur Ehre Gottes gemeinsam zu gehen. In einer gewissen Analogie dazu ist es heute wichtig und notwendig geworden, daß wir mit Hoffnung eine Aufgabe empfinden, die dem menschlichen Leben dienbar ist.

Zur Problematik technologischen Fortschritts

Nun muß man sich klar machen, daß dem allen etwas gegenüber

steht, was ich Aberglauben nennen möchte. Ich meine den Aberglauben an die automatische Güte des technologischen Fortschrittes. Die gesamte fortschrittliche Ideologie war und ist vielfach noch überzeugt davon, daß alles, was technologisch leichter und besser geht, jedenfalls dem Menschen zugute kommen muß. Wir haben zuviele Beispiele, daß diese Automatik nicht stimmt. Wir haben genug andere Beispiele, daß es gelingen kann. Man sollte nun nicht die Technologie als solche verteufeln. Der Aberglaube liegt in der Einstellung, technologischer Fortschritt sei automatisch gut.

Dann gibt es den Aberglauben an den Dirigismus einer eindimensionalen Bürokratie, daß vielen Menschen bei sehr oft gut Gedachtem nur einfällt, das muß ein bestimmter Beamtenapparat in die Hand bekommen, um es durchzusetzen.

Das sind die beiden Formen eines Aberglaubens; sie sind im Grunde genommen deswegen abergläubisch, weil sie beide unberührt sind von dem, was ich versucht habe als christliche Hoffnung zu definieren. Um solchen Aberglauben zu brechen, ernsthaft zu brechen, bedarf es einer Revitalisierung der Phantasie. Man könnte das auch Innovation auf der kommunalpolitischen Ebene nennen. In der ganzen Welt sehen wir, daß sich neben den großen globalen politischen Fragen, die zwischen den Völkern und auch innerhalb der einzelnen Staaten große kollektive Gemeinsamkeit aufbauen, in immer stärkerem Maße die Kommunalpolitik in den Vordergrund schiebt. Das ist notwendig, weil hier Menschen spüren, erfahren und erleben können, was

gemacht werden kann, bitter erfahren, was verpatzt werden kann und wieviel verpatzt wird. Damit scheint mir beides nötig zu sein, die Revitalisierung der Phantasie und die Innovation auf kommunalpolitischem Gebiet.

Die Stadt als Schöpfung Gottes

Wesentliche Voraussetzung dafür ist aber – wenn ich das nochmals unterstreichen darf – daß die Stadt so wie sie ist, als Traum und als Alptraum, als Schöpfung Gottes aus seiner Hand angenommen wird. Wir werden nicht aufhören können, in Städten zu leben. Es geht darum sie auch als Schöpfung Gottes zu sehen, die durch Menschenhand verwaltet, verwirklicht, verantwortet werden muß, sie nicht einfach als Moloch abzuschreiben und daraus zu flüchten, sondern die Fragen, die sich hier stellen, herzhafte anzupacken.

Das geht, um das Wort noch einmal zu betonen, und es scheint mir außerordentlich wichtig zu sein, nicht ohne Phantasie. Unsere Phantasie ist gleichsam ausgebrannt und ausgemergelt. Wir müssen Phantasie neu entwickeln. Wie aus dem Boden, aus dem außerordentlich steinigen Boden der Stadt, alle Sinne in den Gehorsam des Glaubens genommen werden. Man kann es auch so ausdrücken, daß sowohl die technologische, als auch die politische Vernunft einbezogen werden muß in die Phantasie, in den Traum, in die geglaubte Realutopie, daß auch unsere Städte dem Leben dienen können.

Solche Phantasie wird nicht auskommen ohne das, was heute mit dem umfassenden Begriff der Spiritualität bezeichnet wird. Spiritualität weiß Phantasie und Geist, Glaube und Heiligen Geist mit konkreter leiblicher Wirklichkeit zu verbinden, während wir uns leider gerade innerhalb der Kirche angewöhnt haben, zwischen Geistigen und Geistlichem zu unterscheiden und beiden eine Nichtrelevanz für die leiblichen körperhaften Dinge zuzusprechen.

Wenn wir von der Stadt reden, in der Stadt, und für die Stadt zu denken versuchen, kann das Ziel aller dieser Anstrengungen nur das Geschöpf Mensch selbst sein, und zwar sowohl als Individuum um der Erhaltung seiner Personhaftigkeit willen, als auch als Gesellschaft, um ihre geschichtsbildende Kraft zu Gunsten der Menschen zu erwecken.

Man kann als Theologe nicht verleugnen, daß man auch immer Pfarrer ist, und am besten doch konzentriert die Bibel sprechen läßt: diese Erneuerung des Denkens wird nicht gehen, ohne Phantasie zu gewinnen für die Arbeit und das Handeln in Liebe, wird nicht gehen ohne den städtischen Mitmenschen und Mitbürger, gleichviel welcher Konfession er sein mag. Ihm gilt Gottes Liebe und Fürsorge, und ihm hat darum auch unsere Liebe und Fürsorge zu gelten. So könnte ich mir vorstellen, daß eine erneuerte Spiritualität evangelischen Glaubens eine wertvolle Gabe an alle unsere Mitbürger sein könnte.

Kurz notiert

Christliche Minderheiten in der Türkei diskriminiert

Der Ausschuß der Kirchen für Fragen ausländischer Arbeitnehmer in Europa in Zusammenarbeit mit dem Außenamt der EKD und dem Katholischen Büro in Bonn hat einen Bericht über die bedrängte Situation christlicher Minderheiten

in der Türkei vorgelegt (erschieden als epd-Dokumentation Nr. 49/79.). Hierzu erklärte der Bundesgeschäftsführer des EAK, Wilhelm Staudacher, in der deutschen Öffentlichkeit sei über die bedrängte Situation der christlichen Minderheiten in der Türkei zu wenig bekannt. Der Bericht müsse Anlaß sein, die Praxis der Asylgewährung in unserem Lande zu überprüfen.

Der Bericht dürfe aber nicht dazu führen, daß nunmehr auch türkische Arbeitnehmer in der Bundesrepublik diskriminiert werden. Im Ge-

genteil sei die Anwesenheit türkischer moslemischer Arbeitnehmer in diesem Lande als Chance zu begreifen, mehr über ihren Glauben zu erfahren. Die Christen in der Bundesrepublik sollten sich ihrerseits bemühen, den türkischen Arbeitnehmern mehr über die Inhalte christlichen Glaubens, über das Gebot christlicher Nächstenliebe und Toleranz mitzuteilen. Ein solches Verhalten werde nicht ohne Auswirkungen auf die Behandlung der christlichen Minderheiten in der Türkei bleiben.

Wachsendes islamisches Selbstbewußtsein: Christen und Juden diskriminiert

Das wachsende Selbstbewußtsein von Moslems in aller Welt führt in überwiegend islamischen Ländern zunehmend zur Benachteiligung und Unterdrückung von Juden und Christen. Dies berichtete der Geschäftsführer des evangelischen Missionswerkes Orientdienst, Pfarrer Willi Höpfner, jetzt in einem Bericht auf der Islamtagung seiner Mission in Kaub am Rhein. Unter anderem wies Höpfner auf die Behinderungen und Verbote evangelikaler Missionsaktivitäten in Asien und Afrika hin. So habe etwa ein islamisches Revolutionskomitee ein von der Christoffel-Blindenmission betriebenes Blindenheim in der iranischen Stadt Isfahan besetzt; der deutsche Heimleiter Gerhard Lund sei unter Zurücklassung sei-

ner gesamten Habe des Landes verwiesen worden. Im Nordjemen mußte — so Höpfner — die Missionsmannschaft Rotes Meer und in Algerien die Nord-Afrika-Mission ihre Missionsarbeit einstellen. Höpfner erinnerte auch an die Diskriminierung christlicher Minderheiten in der Türkei, gegen die sich kürzlich sowohl der Lutherische Weltbund als auch der griechisch-orthodoxe Patriarch Dimitros I. von Konstantinopel gewandt hatten.

Das wachsende Selbstbewußtsein der Moslems ist nach Höpfner „kein Grund zur Besorgnis“. Für Christen gelte es, den Moslems das „Evangelium als Antwort auf ihre Lebensfragen zu verkündigen“, denn jeder Moslem sei „im Innersten ein nach Gott suchender Mensch“. Evangelisation unter Moslems sei keineswegs „unfair“, wie manchmal behauptet werde. Höpfner wörtlich: „Wenn für uns Jesus Christus Weg, Wahrheit und Leben ist, so sollten

wir keinen Einsatz scheuen, auch den Moslems diese befreiende und frohmachende Botschaft weiterzugeben“. Höpfner kritisierte, daß die Evangelische Kirche über ihrem Engagement für die sozialen Probleme der Moslems ihre eigentliche Aufgabe, die Predigt des Evangeliums, vernachlässige. Der Orientdienst veranstaltet, wie auf der Tagung in Kaub vom 2. bis 10. November bekannt wurde, deutsch-türkische Gemeindeversammlungen und Rüstzeiten für christliche Türken. Außerdem werden Bibeln und christliche Literatur in arabisch, türkisch und anderen Sprachen herausgegeben und verteilt. Mitarbeiter der Mission stellen auch türkische Radiosendungen zusammen, die der Evangeliums-Rundfunk in Wetzlar wöchentlich ausstrahlt. Vorsitzender der Mission ist der Leiter des Weltweiten Evangeliums-Kreuzes, Hennig Herrmann, Eppstein/Taunus.

Eine „Ur-Kunde“ der Sozialen Marktwirtschaft gefunden!

Philipp von Bismarck

Aus Anlaß der 30. Wiederkehr der Gründung der Bundesrepublik Deutschland haben Helmut Thielicke und Philipp von Bismarck die für verloren gehaltene „Freiburger Denkschrift“ herausgegeben. Sie erschien unter dem Titel „In der Stunde Null“ im Verlag J. B. C. Mohr (Paul Siebeck) als Buch.

Die „Freiburger Denkschrift“ ist eines der bedeutendsten geistigen Dokumente protestantischen Widerstandes. Sie zeigt, daß die Soziale Marktwirtschaft eine wichtige Wurzel in der „Bekennenden Kirche“, dem evangelischen Widerstand gegen die Hitler-Tyrannie, hat: Von Herbst 1942 bis Anfang 1943 erarbeiteten — auf Anregung von Dietrich Bonhoeffer und der vorläufigen Leitung der Bekennenden Kirche — in Freiburg zehn Männer: Wissenschaftler, Theologen, Politiker und ein Unternehmer, die sich bereits aus dem Widerstand gegen Hitler kannten, die Denkschrift. Sie enthält ein Programm für die „Neugestaltung des deutschen Staatslebens nach dem Kriege“. Die

„Freiburger Denkschrift“ ist eine Programmschrift für eine „politische Gemeinschaftsordnung nach christlichem Verständnis“. In ihr wird die Innen- und Außenpolitik behandelt, sie enthält die Grundforderungen für ein christliches, demokratisches Staatswesen nach Hitler. Konkret war sie für eine Regierung unter Carl Goerdeler gedacht, der selbst an der Denkschrift mitgearbeitet hat. Außerdem sollte die Denkschrift auf der ersten Weltkirchenkonferenz nach dem Krieg vorgelegt werden. Tatsächlich war sie Gegenstand der Beratungen der Weltkirchenkonferenz von 1948 in Amsterdam.

Nachdem die Arbeit an der Denkschrift im Frühjahr 1943 abgeschlossen werden konnte, wurde sie in wenigen Exemplaren vervielfältigt und aus Sorge vor der Gestapo verborgen. Dennoch wurde auf dem Boden ihrer Grundaussagen bis zum Herbst 1944 weitergearbeitet: Seit Ostern 1943 tagte in Freiburg die sog. „Arbeitsgemeinschaft Erwin von Beckerath“, in der sich prominente, antinatio-

nalsozialistische Wirtschaftswissenschaftler aus ganz Deutschland zusammenfanden. Mit über 30 Gutachten bereiteten sie ein detailliertes wirtschaftspolitisches Programm für Goerdeler vor. Es konnte nicht ganz fertiggestellt werden, da nach dem 20. Juli 1944 Mitglieder der Arbeitsgemeinschaft verhaftet wurden.

Diese Gutachten gingen in die Vorbereitung des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland ein. Auch der Wissenschaftliche Beirat beim Bundesministerium für Wirtschaft, dessen Vorsitzender Prof. Erwin von Beckerath von Juni 1950 bis November 1964 war, arbeitete im Geist und auf der Grundlage der „Freiburger Denkschrift“ und der Gutachten der Arbeitsgemeinschaft.

Diese Dokumente haben, was bisher weithin unbekannt ist, damit bedeutenden Einfluß auf die Politik der Bundesrepublik Deutschland gehabt. Prof. Ludwig Erhard hat mehrfach darauf hingewiesen, daß seine politischen Entscheidungen von den „Freiburgern“ maßgeblich

beeinflusst wurden. Ein Auszug aus der „Freiburger Denkschrift“ möge dies belegen:

„Aufgabe einer gesunden, auf Grundsätzen christlicher Ethik ruhenden Wirtschaftsordnung muß es also sein, die Wirtschaft so zu organisieren, daß

1. die Versuchung zum Mißbrauch wirtschaftlicher Macht, zur egoistischen Ausbeutung des Nächsten, zum Arbeitseinsatz des Menschen als seelenloser Maschinenteil, zu rücksichtslosem Niederkämpfen des Konkurrenten mit unlauteren Mitteln, zu trägem Genuß von Reichtümern möglichst vermindert wird und statt dessen

2. die Arbeit als Segen statt als Fluch empfunden wird, indem sie die sittlichen und intellektuellen Kräfte des Wirtschaftenden anfeuert statt sie zu lähmen und niederzudrücken, daß möglichst viele ihr Werk mit Freuden tun, weil der Tüchtige hoffen darf, ein Stück voranzukommen im wirtschaftlichen Lebenskampf, jeder aber auf zuverlässigen Schutz in wohlverordneten Rechten und auf gerechte Entlohnung seiner Arbeit rechnen kann, und nicht allzu große Sorge zu haben braucht, jede Arbeitsmöglichkeit zu verlieren.

Solche Ziele können niemals durch zusammenhanglose wirtschaftspolitische Einzelmaßnahmen erreicht werden, die bald in diesem, bald an jenem gerade hervortretenden Schaden herumbessern, sondern nur durch eine planmäßige, durchdachte, staatliche Wirtschaftsordnung ... Sie sind bestrebt, ebensowohl das Extrem des wirtschaftlichen Kollektivs mit seinen seelisch verwüstenden Wirkungen zu vermeiden wie die Wirt-

schaftsanarchie eines einseitig und falschverstandenen Wirtschaftsliberalismus, der dem privaten Egoismus schlechthin alles überläßt und auf eine prästabilisierte Harmonie aller Wirtschaftsegoisten vertraut; sie wollen die selbständige Initiative und Freiheit der Wirtschaftenden anregen, aber zuchtvoll gebändigt und eingefügt in den Rahmen einer festen und streng überwachten Gesamtordnung. Sie entsprechen also dem Grundgedanken

Unsere Autoren:

Dr. Gerd Langguth, MdB
Bundeshaus
5300 Bonn

Staatssekretärin
Dr. Renate Hellwig
Ministerium für Soziales,
Gesundheit und Umwelt
Bahnhofstraße 4
6500 Mainz

Eberhard Zell
Heinrich-Lenz-Weg 2 F
2400 Lübeck-Israelsdorf

Universitätsprofessor
D. Dr. Wilhelm Dantine
Bartensteingasse 14
A 1010 Wien

Dr. Philipp von Bismarck, MdEP
Bundeshaus
5300 Bonn

unserer gesamten Ausarbeitung, die den Personalcharakter des Menschen nur im Rahmen einer wahren Gemeinschaftsordnung gesichert sieht.“

(H. Thielicke, Ph. von Bismarck [Hrsg.], In der Stunde Null, Tübingen 1979, Seite 91.)

Dieser Auszug dokumentiert das wirtschaftspolitische Programm der Denkschrift in Kurzform. Er zeigt,

daß in ihr bereits alle grundlegenden Sätze für eine „soziale“ Marktwirtschaft formuliert sind, d. h. für eine Ordnung, innerhalb deren die Wirtschaft der „societas“, der Gemeinschaft aller Bürger, dient und das Prinzip der „verantworteten Freiheit“ die Grundrichtung aller Ordnungen bestimmt.

In den letzten Jahren beschäftigte uns zunehmend die Frage, ob „soziale“ Marktwirtschaft möglich sei, ob die Begriffe „sozial“ und „Markt“ nicht naturgemäß Gegensätze wären. Man diskutierte, ob die Wortschöpfung Prof. Müller-Armacks aus dem Jahr 1947, „Soziale Marktwirtschaft“, eine zutreffende Sachbeschreibung oder nur der Versuch einer „Fassadenverschönerung“ sei. Hierüber wurde und wird bis in die jüngste Zeit viel gestritten. Auch wird weitgehend angezweifelt, ob es ethische Grundlagen für die Soziale Marktwirtschaft gibt. Die „Freiburger Denkschrift“ zeigt, daß diese Fragen längst gültig beantwortet wurden.

Durch die Veröffentlichung der „Freiburger Denkschrift“ wird nun die ethische Wurzel der Sozialen Marktwirtschaft freigelegt und zugleich ihre moralische Würde beschrieben. Sie ist in ihrer Entstehungsgeschichte, im Kampf der Freiheit gegen Tyrannei und in ihrer ideellen Zielsetzung begründet.

In Europa hat die Diskussion über Idee und Praxis einer sozialen Marktwirtschaft begonnen. Ihr Ergebnis wird Europas Zukunft wesentlich mitbestimmen. Eine Besinnung auf die ethischen Grundlagen der Sozialen Marktwirtschaft kann ihrer Verbreitung nur dienlich sein.

Dramatischer Geburtenrückgang in der Bundesrepublik

Als ein „Dokument der Mißachtung der Rechte des Parlaments, der Rationalität und der Verharmlosung von Grundproblemen unserer Gesellschaft“, bezeichnete Dr. Gerd Langguth, MdB, Mitglied des EAK-Bundesvorstandes, die Antwort der Bundesregierung auf die Große Anfrage der CDU/CSU-Bundestagsfraktion zur Bevölkerungsentwicklung in der Bundesrepublik.

Mit der Großen Anfrage, die von Gerd Langguth initiiert wurde, waren über 20 konkrete Fragen zur Analyse der gegenwärtigen Situation der Bevölkerungsentwicklung in der Bundesrepublik gestellt worden. Zur Antwort erklärte Dr. Langguth u. a.: „Die von der CDU/CSU geforderte vertiefte Analyse der rückläufigen Bevölkerungsentwick-

lung wird nicht gegeben. Es wird auf einen späteren Bericht verwiesen. Damit wird erneut deutlich: Die Regierung will noch nicht einmal die Fakten der besorgniserregenden Entwicklung untersuchen, obwohl sie dazu ausreichend Zeit hatte.“

Wie Langguth weiter erklärte, sieht sich die Bundesrepublik

Evangelische Verantwortung

Meinungen und Informationen aus dem Evangelischen Arbeitskreis der CDU/CSU ● Herausgeber: Kultusminister Prof. Dr. Roman Herzog; Dr. Werner Dollinger, MdB; Prof. D. Dr. Wilhelm Hahn, MdL; Kai-Uwe von Hassel, MdB; Friedrich Vogel, MdB ● Redaktion: Wilhelm Staudacher, Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 5300 Bonn, Telefon (0 22 21) 54 43 06 ● Verlag: Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Höherweg 278, 4000 Düsseldorf 1 ● Abonnementspreis vierteljährlich 4 DM, Einzelpreis 1,50 DM ● Konto: EAK — Postscheck Köln 1121 00-500 oder Sparkasse Bonn 56 267 ● Druck: Oskar Leiner, Erkrather Straße 206, 4000 Düsseldorf ● Abdruck kostenlos gestattet — Belegexemplar erbeten.

Deutschland seit Ende der 60er Jahre mit einem dramatischen Geburtenrückgang konfrontiert. Wurden im Jahre 1965 noch 1 044 000 lebend Geborene registriert, so waren es 1978 nur noch etwa die Hälfte, nämlich 573 000. 1978 überstieg die Zahl der Sterbefälle jene der Geburten um etwa 150 000. Die Bevölkerung hat seit 1972 insgesamt um etwa 1 Million abgenommen. Das gegenwärtige generative Verhalten auch künftig vorausgesetzt, geht die deutsche Bevölkerung bis zum Jahre 2 000 auf 52 Mil-

lionen zurück, zum Jahre 2030 auf 39 Millionen und schließlich 2070, in knapp 100 Jahren also, auf 22 Millionen.

Die CDU/CSU hat bereits mehrfach ihren Standpunkt bekräftigt, daß die Probleme des Bevölkerungsrückganges nicht durch dirigistische Maßnahmen des Staates gelöst werden dürfen. Durch eine vernünftige Sozialpolitik müssen Rahmenbedingungen dafür geschaffen werden, daß Eltern in die Lage versetzt werden, mehr Kinder zu haben — wenn sie dies selbst

wünschen —, als dies jetzt durchschnittlich der Fall ist. Es komme vor allem darauf an, eine kinder- und familienfreundliche soziale Umwelt zu schaffen. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion — so Langguth weiter — wird sich mit der mangelhaften Antwort der Bundesregierung nicht begnügen. Sie wird in der Debatte im Deutschen Bundestag die Bundesregierung zwingen zu erklären, ob sie die Entwicklung so weiterlaufen lassen will oder welche Konzeption sie zur Lösung dieses eindringlichen Problems hat.

Zur weiterführenden Beschäftigung mit dem Thema Jugendreligionen empfehlen wir folgende Bücher:

Helmut Aichelin: „Moderne Jugendreligionen — Hintergründe - Fragen - Antworten“, 32 Seiten, Nicol-Verlag, Kassel

Arbeitskreis Sekten und neuere Weltanschauungsgemeinschaften, (Hrsg.): „Sekten und neuere Weltanschauungsgemeinschaften“, 157 Seiten, Bonn 1978

Hendrik Bussiek: „Bericht zur Lage der Jugend“, 176 Seiten, Fischer Tb-Verlag, Frankfurt 1978

Harvey Cox: „Licht aus Asien — Verheißung und Versuchung östl. Religiosität“, aus dem Amerikanischen, 222 Seiten, Kreuz-Verlag, Stuttgart 1978

Evang. Landesjugendinformationen (elif) 1/78: „Material zum Thema Jugendreligionen“, 140 Seiten, Amt für Jugendarbeit in 6100 Darmstadt

Friedrich-Wilhelm Haack: „Die neuen Jugendreligionen“, Band II (Dokumente und Erläuterungen), 117 Seiten

Friedrich-Wilhelm Haack: „Verführte Sehnsucht“, 56 Seiten, Evang. Presseverband für Bayern, München 1978

Friedrich-Wilhelm Haack: „Ratschläge“, 88 Seiten, Evangelischer Presseverband für Bayern, Birkerstraße 22, 8000 München 19

Friedrich-Wilhelm Haack: „Die neuen Jugendreligionen“, 88 Seiten, Evangelischer Presseverband für Bayern, Birkerstraße 22, 8000 München 19, 16. überarbeitete Auflage 1978

Friedrich Hacker: „Freiheit die sie meinen“, 480 Seiten, Verlag Hoffmann und Campe, Hamburg 1978

Kath. Landesarbeitsstelle Rheinland-Pfalz — Aktion Jugendschutz — (Hrsg.): „Neue religiöse Organisationen — Jugendreligionen —“, 127 Seiten, Als Manuskript gedruckt, 1. Auflage Dezember 1978

Joachim Lell/Ferdinand W. Menne (Hrsg.): „Religiöse Gruppen — Alternativen in Großkirchen und Gesellschaft“, Düsseldorf/Göttingen 1976

Literaturmagazin 9: „Der neue Irrationalismus“, Hrsg. von Nicolas Born/Jürgen Manthey/Delf Schmidt, Rowohlt dnb Nr. 100, Reinbek 1978

Michael Mildenerger: „Heil aus Asien?“, Quell-Verlag, Stuttgart 1974

Michael Mildenerger: „Die religiöse Revolte“, erscheint März 1979 im Fischer-Taschenbuch-Verlag, Frankfurt

Peter-Michael Pflüger (Hrsg.): „Religiöse Erfahrungen im Ausbruch aus den

Traditionen“, Psychologisch gesehen 26/27, Stuttgart 1976

Hans-Diether Reimer (Hrsg.): „Stichwort ‚Sekten‘ — Glaubensgemeinschaften außerhalb der Kirchen“, Quell-Verlag, Stuttgart 1978

Horst Reller (Hrsg. im Auftrag der VELKD): „Handbuch Religiöse Gemeinschaften“, G. Mohn Verlag, Gütersloh 1978

Ingrid Riedel: „Der unverbrauchte Gott“, München 1976

Theodore Roszak: „Gegenkultur — Gedanken über die technokratische Gesellschaft und die Opposition der Jugend“, List Taschenbücher 390, München 1973

Shirley Sugarman: „Narzißmus als Selbstzerstörung“, Olten/Freiburg 1978

Michael Schibilsky: „Religiöse Erfahrung und Interaktion“, Kohlhammer — Urban Taschenbücher Nr. 624, Stuttgart 1976

Rainer Volp: „Chancen der Religion“, Gütersloher GTB 103, Gütersloh 1975

Ludger Zinke: „Religionen am Rande der Gesellschaft — Jugend im Sog neuer Heilsversprechungen“, 184 Seiten, Kösel-Verlag, München 1977